



// Zukunftsministerium
Was Menschen berührt.

Teilnehmenden-Fragebogen Aktion 4.2 (Soziale Innovation)

Verpflichtende Version des Teilnehmenden-Fragebogens mit
datenschutzrechtlichen Hinweisen und Einwilligungserklärung der
Teilnehmenden zur Datenverarbeitung

Fassung vom 01.06.2018

Bitte beachten Sie, dass die Einwilligungserklärung (Teil C)
mit den Projektunterlagen aufbewahrt werden muss.

Link: <http://esf.bayern.de/antragstellung/index.php>



Inhaltsverzeichnis

Teil A	Hinweise für den Träger der Maßnahme	3
Teil B	Hinweise für den Teilnehmenden.....	4
Teil C	Einwilligungserklärung des Teilnehmenden	7
Teil D	Fragebogen für Teilnehmende	9
D1	Kernindikatoren (Teilnehmendenstatus vor Eintritt in die Maßnahme)	9
D2	Besonders sensible personenbezogene Daten	11
D3	Teilnehmendenstatus und -veränderung nach Austritt aus der Maßnahme	11
Teil E	Ausfüllhilfe/Definitorisches.....	13

Änderungen ggü. der Fassung vom 01.02.2018:

Anpassung an die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) .

Teil A Hinweise für den Träger der Maßnahme

Der folgende Fragebogen dient der Erfassung der „Gemeinsamen Output- und Ergebnisindikatoren für ESF- Interventionen“ gemäß Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 vom 17. Dezember 2013. In den Ausfüllhinweisen unter Teil E sind zu den einzelnen Datenfeldern die aktuellen definitorischen Klärungen beigelegt, auf die sich die ESF-Bundes- und Länderressorts verständigt haben.

Grundsätzlich sind alle Indikatoren nach Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 vom 17. Dezember 2013 anhand des Fragebogens (Teil D) auf der Ebene der einzelnen geförderten Teilnehmenden/Organisationen zu erheben. Für die Erhebung der Daten und Dokumentation der Daten im EDV-System ESF-Bavaria 2014 ist der Träger der Maßnahme verantwortlich.

Die Erhebung der gemeinsamen längerfristigen Indikatoren erfolgt durch die Evaluierung.

Teilnehmende an Kurzzeitmaßnahmen zählen nicht als ESF- Teilnehmende. Die entsprechenden teilnehmenden bezogenen Daten müssen **nicht** erfasst werden. Als Kurzzeitmaßnahmen zählen Maßnahmen, welche die nachfolgenden Kriterien erfüllen:

- individuelle Kurzberatungen (max. 1 Tag bzw. 8 Stunden, z. B. Telefonberatungen und sonstige Kurzzeitberatungen)
- kollektive Informationsveranstaltungen (max. 1 Tag bzw. 8 Stunden, z. B. Großveranstaltungen, Orientierungstag)

Bei den Fragen zum Arbeitsmarktstatus, zum Alter, zum Bildungsstand, zum Geschlecht und zur Haushaltssituation **akzeptiert die EU-Kommission keine unvollständigen oder fehlenden Angaben**. Unvollständige oder fehlende Angaben führen dazu, dass der jeweilige Teilnehmende nicht in die Berichterstattung gegenüber der EU-Kommission aufgenommen werden darf und somit auch nicht zu den mit der EU-Kommission vereinbarten Zielwerten beitragen kann. Da es hierdurch zu sanktionsbehafteten Zielwertverfehlungen kommen kann, dürfen Personen, die diese Angaben im Fragebogen nicht vollständig ausfüllen, nicht an der ESF-geförderten Maßnahme teilnehmen und müssen von der ESF-Förderung ausgeschlossen werden.

Dieses gilt nicht für die gemäß Art. 9 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) besonders schützenswerten und sensiblen Daten bezüglich Grad der Behinderung, Migrationshintergrund/Ethnie oder sonstige Benachteiligungen. Hier werden unter der Voraussetzung, dass der nachhaltige Versuch zur vollständigen Datenerhebung nachgewiesen wird (dieser Nachweis erfolgt über die Dokumentation der Einwilligung bzw. Nichteinwilligung in Teil C), auch bei unvollständigen oder fehlenden Angaben die Teilnehmenden in die Berichterstattung gegenüber der Europäischen Kommission aufgenommen, so dass hier kein Ausschluss von der Förderung erfolgen muss.

Bitte unterstützen Sie die Teilnehmenden beim Ausfüllen des Fragebogens, bitte informieren Sie die Teilnehmenden über die datenschutzrechtlichen Zusammenhänge und bitte gehen Sie auf alle entstehenden Fragen ein.

Die Einwilligungserklärung des Teilnehmenden (Teil C), muss durch den Träger der Maßnahme nach Eingabe der Daten in ESF-Bavaria 2014 mit den Unterlagen der Maßnahme aufbewahrt werden. Dabei ist sicherzustellen, dass nur berechnete Personen Zugriff auf die Einwilligungserklärungen haben (z. B. durch Aufbewahrung in abgeschlossenen Räumlichkeiten / Schränken). Spätere Zugriffe auf die Einwilligungserklärungen, d. h. nach Eingabe der Daten ins System, müssen dokumentiert werden. Der Träger der Maßnahme gewährleistet die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen sowie, dass die erhobenen Daten ausschließlich zur ordnungskonformen Abwicklung der Maßnahme genutzt werden.

Aufgrund der Bestimmungen in Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) und c) der VO (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) in Verbindung mit Art. 5 VO Nr. 1304/2013 i.V.m. Art. 27 Abs. 4 und Art. 96 Abs. 2b Ziff. ii, iv VO (EU) Nr. 1303/2013 ist die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung gegeben. Der Teilnehmende ist bei Teilnahme an der Maßnahme über die Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung, die Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten sowie das Widerspruchsrecht bei Einwilligung zu unterrichten. Die Teilnahme an der Maßnahme selber ist als „Gewährung von Rechtsvorteilen“ zu werten, für deren Gewährung (Teilnahme an der Maßnahme) wiederum die Erteilung dieser Auskünfte eine Voraussetzung im Sinne einer Obliegenheit ist. Hierauf ist der Teilnehmende hinzuweisen.

Teil B Hinweise für den Teilnehmenden

Sie nehmen an einer Maßnahme teil, die mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) mitfinanziert wird. Die ESF-Verwaltungsbehörde muss der Europäischen Kommission regelmäßig über die Verwendung der Gelder berichten. Dafür benötigt sie bestimmte Informationen von Ihnen. Im Teil C werden mit der Einwilligungserklärung Ihre Kontaktdaten erhoben. Im Teil D werden weitere Merkmalsdaten gesammelt.

Der Träger dieser Maßnahme hat den Auftrag die notwendigen Informationen bei Ihnen zu erfragen. Der Träger muss die datenschutzrechtlichen Bestimmungen beachten und einhalten. Darauf wurden die Träger besonders hingewiesen. Bei Fragen sowohl zu den datenschutzrechtlichen Hinweisen als zur Einwilligungserklärung (Teil C) bzw. zum Fragebogen (Teil D) hilft Ihnen gerne ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin des Bildungsträgers.

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit Förderungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF)

1. Verantwortlich für die Datenerhebung:

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Ref. I 2 (Verwaltungsbehörde ESF in Bayern)
Winzererstraße 9
80797 München
E-Mail: esf@stmas.bayern.de
Tel.: 089/1261-1063

2. Kontaktdaten des zuständigen Datenschutzbeauftragten:

Herr Schreyer
E-Mail: Datenschutz@stmas.bayern.de
Tel.: 089/1261-1449

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

Ihre Daten werden erhoben, um die richtige Verwendung der europäischen Fördergelder gegenüber der Europäischen Kommission zu belegen und nachzuweisen. Die Berichtspflichten sind gesetzlich geregelt. Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) und c) der VO (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) in Verbindung mit Art. 5 VO Nr. 1304/2013 i.V.m. Art. 27 Abs. 4 und Art. 96 Abs. 2b Ziff. ii, iv VO (EU) Nr. 1303/2013.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Die Teilnehmendendaten werden in Kontakt- und Merkmalsdaten unterschieden. Die Merkmalsdaten werden getrennt von den Kontaktdaten gespeichert. Die personenbezogenen Daten können damit ohne Hinzuziehung zusätzlicher Informationen nicht mehr einer spezifischen betroffenen Person zugeordnet werden (Pseudonymisierung). Die Zusammenführung der Kontakt- und Merkmalsdaten passiert nur, wenn entweder der richtige Einsatz der Gelder der Europäischen Union überprüft wird oder Wissenschaftler/innen prüfen, ob die Maßnahme hilft (Evaluation).

Im Einzelnen haben Zugriff auf alle erhobenen Kontakt- und Merkmalsdaten:

- der Träger der Maßnahme auf alle im Rahmen seiner Maßnahme erhobenen Daten,
- ausschließlich zu Zwecken der Evaluation/Bewertung das ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH. (Kontaktmöglichkeit: ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH, Weinsbergstraße 190, 50825 Köln, info@isg-institut.de),
- auf Verlangen der Bayerische Oberste Rechnungshof, der Europäische Rechnungshof, das Audit, die Europäische Kommission und die Prüfbehörde ESF in Bayern zur Erfüllung Ihrer Prüfaufgaben.

Außerdem hat das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) Zugriff auf die Kontaktdaten, um die erhobenen Daten mit den Daten der Bundesagentur für Arbeit verknüpfen zu können.

Das IAB stellt dem ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH die entsprechenden Daten der Bundesagentur für Arbeit für Zwecke der Evaluation/Bewertung zur Verfügung (Kontaktmöglichkeit: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Geschäftsbereich ITM, Regensburger Straße 104: TMWB 215, 90478 Nürnberg, IAB.ITM@iab.de).

Alle weiteren mit der Abwicklung/Umsetzung der ESF-Förderung befassten Stellen, haben ausschließlich in anonymisierter Form Zugriff auf die Daten.

5. Nachbefragung

Es werden Daten zu Ihrer beruflichen und sozialen Situation zu Beginn Ihrer Teilnahme sowie zu Ihrer beruflichen und sozialen Situation bis zu 4 Wochen nach dem Ende Ihrer Maßnahme erhoben. Es soll auch untersucht werden, in welcher beruflichen Situation Sie 6 Monate nach dem Ende der Maßnahme sind. Dies würde eigentlich eine erneute Kontaktaufnahme mit Ihnen erfordern. Um dieses Verfahren zu vereinfachen und zügig umsetzen zu können, werden stattdessen bestimmte Daten, die bei Ihnen im Rahmen der ESF-Förderung mittels des Teilnehmerfragebogens ermittelt wurden, mit Daten der Bundesagentur für Arbeit verknüpft. Für die Verknüpfung werden Name, Adresse, Geburtsdatum und das Datum des Beginns sowie des Endes der ESF-Förderung an das IT- und Informationsmanagement (ITM) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) weitergeleitet und mit den vorliegenden Informationen zur beruflichen Situation des Teilnehmenden verbunden. IAB-ITM hat unmittelbar nach Beendigung der Verknüpfung alle Angaben zur Person zu löschen.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten:

Ihre Daten werden nach der Erhebung beim Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gemäß Art. 140 Abs. 1 VO (EU) Nr. 1303/2013 für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Alle Dokumente müssen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rechnungshof zur Erfüllung derer Aufgaben drei Jahre lang zur Verfügung stehen, gerechnet ab dem 31. Dezember des Jahres, in dem die Rechnungslegung, in der die Ausgaben für das Vorhaben verbucht wurden, vorgelegt wurde. Nach jetzigem Kenntnisstand wird dies für die letzten Vorhaben voraussichtlich der 31.12.2028 sein.

7. Betroffenenrechte:

Nach der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Art. 15: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Personen gespeicherten Daten zu erhalten.
- Art. 16: Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu.
- Art. 17, 18 und 21: Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen.
- Art. 20: Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

8. Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Wenn Sie in die Verarbeitung der in Teil D2 „Besonders sensible personenbezogene Daten“ erhobenen Daten zu möglicherweise vorliegenden Behinderungen, dem Migrationshintergrund oder zu sonstigen Beeinträchtigungen durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt

9. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Sie nehmen an einer Maßnahme teil, die mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) mitfinanziert wird. Die richtige Verwendung der Gelder muss gegenüber der Europäischen Kommission belegt und nachgewiesen werden. Hierfür ist die ESF-Verwaltungsbehörde im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales verantwortlich. Die ESF-Verwaltungsbehörde muss der Europäischen Kommission regelmäßig berichten. Dazu zählen auch die Daten zu den Teilnehmenden (Art. 5 VO (EU) Nr. 1304/2013 i.V.m. Art. 27 Abs. 4 und Art. 96 Abs. 2b Zif. ii, iv VO (EU) Nr. 1303/2013). Wenn Bayern der Europäischen Kommission keine Berichte oder Berichte mit Fehlern schickt, dann kann die Europäische Kommission eine Auszahlung der Gelder verhindern. Das würde auch Ihre Maßnahme betreffen. Es können daher nur Personen gefördert werden, zu denen die notwendigen persönlichen Angaben vorliegen.

Teil C Einwilligungserklärung des Teilnehmenden

1. Teilnehmenden-ID (aus ESF-Bavaria 2014): _____
(wird vom Träger der Maßnahme ergänzt)

Die Förderung dieser Maßnahme erfolgt durch den bayerischen Europäischen Sozialfonds. Voraussetzung für die Teilnahme an der Maßnahme ist die Verarbeitung der personenbezogenen Daten in diesem Fragebogen von mir und über mich.¹ Die Erhebung ist freiwillig und erfolgt mit meiner Einwilligung. Die Einwilligung bezieht sich ausschließlich auf die Daten zur Durchführung der Maßnahme:

Träger der Maßnahme : Hochschule Augsburg

Name der Maßnahme : TEAM 4.0 -Technologische Entwicklungen am Augsburger ArbeitsMarkt 4.0

Dauer der Maßnahme : 17.07.2018 - 30.06.2020

Maßnahmen-ID (Projektnummer): StMAS-I2-4.2-161085

Bei den persönlichen Pflichtangaben (Kontaktdaten) und den Fragen in Teil „D1. Kernindikatoren“ zum Arbeitsmarktstatus und zur Haushaltssituation akzeptiert die Europäische Kommission keine unvollständigen oder fehlenden Angaben. Eine Ausnahme hiervon sind die Fragen in Teil D2 „Besonders sensible personenbezogene Daten“ zu möglicherweise vorliegenden Behinderungen, dem Migrationshintergrund oder zu sonstigen Beeinträchtigungen. **Wenn Angaben fehlen, kann meine Teilnahme an der Maßnahme nicht gefördert werden.** Dadurch ist meine Teilnahme an der Maßnahme nicht möglich. Eine Förderung ist ebenfalls nicht möglich, wenn ich die Nutzung meiner Daten für die Erfolgsbewertung nicht erlaube.

Kontaktdaten:

Bei den mit * gekennzeichneten Feldern handelt es sich um Pflichtangaben, ohne die eine Teilnahme an der ESF-Maßnahme nicht erfolgen kann.

2. Anrede*: _____ 3. Titel: _____

4. Vorname*: _____

5. Nachname *: _____

6. Straße, Hausnummer*: _____

7. Postleitzahl: _____ 8. Wohnort*: _____

ohne festen Wohnsitz

¹ Die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung sowie den hierzu entwickelten Fragebogen ergibt sich durch Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) und c) der VO (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) in Verbindung mit Art. 5 VO Nr. 1304/2013 i.V.m. Art. 27 Abs. 4 und Art. 96 Abs. 2b Ziff. ii, iv VO (EU) Nr. 1303/2013.

9. Telefonnummer (Festnetz): _____

10. Telefonnummer (mobil): _____

11. E-Mail-Adresse^{2*}: _____

12. Geburtsdatum*: _____

Einwilligung:

I. Ich habe den Fragebogen für Teilnehmende an der Maßnahme und die Datenschutzhinweise erhalten. Ich habe den Fragebogen mit oder ohne Hilfe ausgefüllt. Ich wurde ausreichend über die Bedeutung der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten aus dem folgenden Fragebogen informiert und habe die Datenschutzhinweise verstanden. Ich wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass die Verarbeitung der Daten jeweils nur erfolgt, soweit sie erforderlich ist. Ich bin mit der Verarbeitung meiner persönlichen Informationen **ausschließlich für die Durchführung, Bewertung, Evaluation und Prüfung der Maßnahme** einverstanden. Ich bin damit einverstanden, dass mich das ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH zu Befragungszwecken kontaktiert. Ich wurde darauf hingewiesen, dass die Förderung an meine Einwilligung gebunden ist.

II. Ich bin damit einverstanden, dass ausschließlich zu Zwecken der Bewertung meines beruflichen Verbleibs und zur Evaluation der ESF-Programme (längerfristige Ergebnisse) die im Rahmen dieses Fragebogens erfassten personenbezogenen Daten auch durch bereits vorhandene personenbezogene Daten bei der Bundesagentur für Arbeit ergänzt werden. Eine Rückübermittlung meiner im Rahmen des ESF-Projekts ermittelten Daten an die Agenturen für Arbeit und Jobcenter findet nicht statt. Dafür müssen persönliche Informationen (Name, Geburtsdatum, Wohnort) an das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) geschickt werden. Ich bin auch damit einverstanden, dass das IAB meine bei der Bundesagentur für Arbeit erfassten Daten für die Auswertungen an das ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH geschickt werden.

III. Die Fragen in Teil D2 „Besonders sensible personenbezogene Daten“ zu möglicherweise vorliegenden Behinderungen, dem Migrationshintergrund oder zu sonstigen Beeinträchtigungen zählen nicht zu den Kernindikatoren. Das heißt ich kann die Fragen nicht beantworten und trotzdem an der Maßnahme teilnehmen.

Ich bin damit einverstanden, dass folgende besonders sensiblen personenbezogene Daten erhoben werden zu:

Migrationshintergrund (Fragen 26 und 27)	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Behinderung (Frage 31)	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Sonstige Benachteiligung (Frage 32)	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

Ort, Datum:

Unterschrift des Teilnehmenden³:

² Die E-Mail-Adresse ist für die Evaluation erforderlich. Verfügt die/der Teilnehmende über keine E-Mail-Adresse, bitte „nobody“ angeben.

³ Bei Teilnehmenden unter 18 Jahren: Unterschriften der Eltern bzw. der gesetzlichen Vertreterin/des gesetzlichen Vertreters

Teil D Fragebogen für Teilnehmende⁴

1. Teilnehmenden-ID (aus ESF-Bavaria 2014): _____
(wird vom Träger der Maßnahme ergänzt)

Die Angaben beziehen sich auf den Status **vor** dem Datum der erstmaligen Teilnahme an der ESF-Maßnahme:

18. Datum Maßnahmeeintritt: _____ (tt.mm.jjjj)

Bei den Fragen in Teil „D1. Kernindikatoren“ zum Arbeitsmarktstatus und zur Haushaltssituation können unvollständige Angaben nicht akzeptiert werden und führen dazu, dass eine Teilnahme an der Maßnahme nicht möglich ist.

Dem Fragebogen im Anhang unter E beigelegt ist eine Ausfüllhilfe. Anhand der Nummerierung der Fragen im Fragebogen ergibt sich die entsprechende Ausfüllhilfe. Die Nummerierung der Ausfüllhilfe entspricht der Nummerierung des Fragebogens. Die Nummerierung ist nicht fortlaufend.

D1 Kernindikatoren (Teilnehmendenstatus vor Eintritt in die Maßnahme)

Die folgenden Aussagen gelten für den Status vor dem Tag des Eintritts in die ESF-Maßnahme:

- 20 Welchen Erwerbsstatus hat die/der Teilnehmende vor Eintritt in die ESF-Maßnahme?
- erwerbstätig, einschließlich selbständig
 - arbeitslos, einschließlich langzeitarbeitslos
 - nicht erwerbstätig
- 21 Wie viele Monate dauert die Arbeitslosigkeit bereits an? (Nur auszufüllen, falls Frage 20 mit "arbeitslos, einschl. langzeitarbeitslos" beantwortet wurde)
- _____ Monate
- 22 Falls die Frage 20 mit "nicht erwerbstätig" beantwortet wurde, war der Teilnehmende vor Eintritt in die Maßnahme arbeitsuchend gemeldet?
- ja
 - nein
- 23 War die/der Teilnehmende vor Eintritt in die Maßnahme in schulischer oder beruflicher Aus- oder Weiterbildung? (Nicht zu beantworten, falls arbeitslos, einschl. langzeitarbeitslos)
- ja
 - nein

⁴ Der hier vorliegende Papierfragebogen kommt bei der Förderaktion 4.2 zur Anwendung.

24 Absolvierte die/der Teilnehmende vor Eintritt in die Maßnahme eine duale Berufsausbildung? (Nur zu beantworten, falls Frage 23 mit "Ja" beantwortet wurde)

ja nein

25 Welche Bildungsabschlüsse hat die/der Teilnehmende? (Mehrfachantworten möglich)⁵:

25.1 keinen Schulabschluss

25.2 keine abgeschlossene Berufsausbildung

25.3 geht noch zur allgemein bildenden Schule

25.4 Hauptschulabschluss/Mittelschulabschluss

25.5 Berufsvorbereitungsjahr

25.6 Mittlere Reife/ Realschulabschluss

25.7 Berufsgrundschuljahr

25.8 betriebliche Lehre/Ausbildung, Berufsfachschule, sonstige schulische Berufsausbildung mit Abschluss

25.9 Auf welchem Weg wurde das Abitur/die Fachhochschulreife erworben?

a auf dem 1. Bildungsweg (z. B. (Fach)-Gymnasium, Gesamtschule, Fachoberschule)

b n auf dem 2. Bildungsweg (z. B. Kollegschule, Abendgymnasium)

25.10 Meister/Meisterin

25.11 (Fach-) Hochschulabschluss/Promotion

28 Lebt in dem Haushalt des/der Teilnehmenden mindestens eine Person, die einer Erwerbstätigkeit nachgeht? (Nur zu beantworten, falls nicht erwerbstätig oder arbeitslos bzw. langzeitarbeitslos)

ja nein

29 Leben unterhaltsberechtigter Kinder in dem Haushalt? (Nur zu beantworten, falls Frage 28 mit "Nein" beantwortet wurde)

ja nein

⁵ Falls der Schul- oder Berufsabschluss im Ausland erworben wurde, wählen Sie bitte einen gleichwertigen Abschluss in der Liste aus. Informationen dazu finden Sie auf der [Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen](#)

30 Ist die/der Teilnehmende alleinerziehend mit unterhaltsberechtigten Kindern bzw. ist die/der Teilnehmende ein Kind in einem Alleinerziehendenhaushalt?

ja nein

D2 Besonders sensible personenbezogene Daten

26 Hat die/der Teilnehmende die deutsche Staatsangehörigkeit? (Nur zu beantworten, falls der Erfassung nicht widersprochen wurde)

ja nein

27 Ist die/der Teilnehmende in Deutschland geboren? (Nur zu beantworten, falls der Erfassung nicht widersprochen wurde)

ja nein

31 Besitzt die/der Teilnehmende einen Schwerbehindertenausweis oder einen gleichwertigen amtlichen Nachweis? (Nur zu beantworten, falls der Erfassung nicht widersprochen wurde)

ja nein

32 Weist die/der Teilnehmende eine sonstige Benachteiligung auf? (s. Ausfüllhilfe). (Nur zu beantworten, falls der Erfassung nicht widersprochen wurde)

ja nein

D3 Teilnehmendenstatus und -veränderung nach Austritt aus der Maßnahme

Diese Indikatoren sollen als Veränderung der Situation nach Teilnahme an einer ESF-Maßnahme verstanden werden.

Maßgeblich ist der Status bis spätestens 4 Wochen nach Austritt der/des Teilnehmenden aus der Maßnahme bzw. nach Ende der persönlichen Förderung. Auszufüllen durch den Träger der Maßnahme.

33 Datum Maßnahmeaustritt: _____ (tt.mm.jjjj)

34 Hat die/der Teilnehmende die Maßnahme bis zum Ende besucht?

Teilnehmender hat an der Maßnahme bis zum Ende teilgenommen

Teilnehmender hat die Maßnahme abgebrochen

Teilnehmender ist vorzeitig aus der Maßnahme ausgetreten

Ein Teilnehmender gilt als aus der Maßnahme vorzeitig ausgetreten, wenn er das Maßnahmeziel (Arbeitsplatz, Ausbildungsplatz, etc.) trotzdem erreicht hat. Ansonsten gilt die Maßnahme als abgebrochen.

-
- 35 Welchen Erwerbsstatus hat die/der Teilnehmende nach Verlassen der Maßnahme?
- erwerbstätig, einschließlich selbständig
 - arbeitslos, einschließlich langzeitarbeitslos
 - nichterwerbstätig
- 36 Ist die/der Teilnehmende nach Verlassen der Maßnahme arbeitssuchend registriert und bezieht kein Arbeitslosengeld? (Nur zu beantworten, falls Frage 35 mit "nicht erwerbstätig" beantwortet wurde)
- ja nein
- 37 Ist die/der Teilnehmende nach Verlassen der Maßnahme in schulischer oder beruflicher Aus- oder Weiterbildung?
- ja nein
- 38 Hat die/der Teilnehmende im Rahmen der Maßnahme eine Qualifizierung erlangt?
(Nachweis z. B. durch qualifiziertes Zertifikat einer zuständigen Stelle; die Erreichung eines höheren Bildungsstands gemäß ISCED oder des Europäischen bzw. Deutschen Qualifikationsrahmens; qualifizierte Teilnahmebescheinigung, aus der Dauer und Gegenstand der Maßnahme ersichtlich sind und über die nachgewiesen wird, dass der Teilnehmende die vorgesehenen Maßnahmebestandteile auch absolviert hat).
- ja nein

Teil E Ausfüllhilfe/Definitorisches

Diese Ausfüllhilfe soll Ihnen bei der Beantwortung des Fragebogens helfen. Bitte erörtern Sie offen bleibende Fragen mit dem Träger der Maßnahme bzw. einem Maßnahmeverantwortlichen. Die Nummerierung der Ausfüllhilfe entspricht der Nummerierung des Fragebogens. Die Ausfüllhilfe basiert auf einer Verständigung der ESF-Verwaltungsbehörden von Bund und Ländern zur Anwendung von einheitlichen Definitionen der gemeinsamen Indikatoren gemäß Anhang 1 der Verordnung (EU) Nr. 1304/2013.

Zu 20, 35: Erwerbstätig, einschließlich selbständig

Zur Anwendung kommt die Definition der Europäischen Kommission.

Erwerbstätige und Arbeitnehmer sind Personen, die einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, also alle abhängig Beschäftigten (Arbeiter/-innen, Angestellte, Beamte, betriebliche Auszubildende, Berufssoldaten), unabhängig davon, ob sie sozialversicherungspflichtig oder geringfügig beschäftigt und die nicht zeitgleich arbeitslos gemeldet sind sowie alle Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

Zu 20, 35: Arbeitslose, einschl. langzeitarbeitslos

Zur Anwendung kommt gemäß Empfehlung der Europäischen Kommission die nationale Definition.

Arbeitslose sind gemäß den Regelungen im Sozialgesetzbuch III Personen, die bei der Agentur für Arbeit bzw. dem Jobcenter arbeitslos registriert sind.

Personen, die über 12 Monate hinweg arbeitslos waren, sind langzeitarbeitslos. Gemäß Definition der Europäischen Kommission gelten Jüngere unter 25 Jahren als langzeitarbeitslos, wenn sie länger als 6 Monate arbeitslos sind. In einigen Fällen wird die Dauerzählung bei erneutem Zugang in den Status Arbeitslosigkeit fortgesetzt, statt von vorne zu beginnen. Folgende Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit sind gemäß Messkonzept der BA-Statistik für die Dauerzählung unschädlich:

- Teilnahmen an Maßnahmen nach § 45 SGB III sowie
- Unterbrechungen aufgrund von Nicht-Erwerbsfähigkeit (insbesondere Krankheit) bis zu sechs Wochen Dauer (in Anlehnung an die sechs-Wochen-Frist zum Erlöschen der Arbeitslosigkeitsmeldung nach Unterbrechung sowie die Fortzahlung des Arbeitslosengeldes im Krankheitsfall).

Hingegen führen Abgänge aus Arbeitslosigkeit

- wegen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit,
- in sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und
- in Nichterwerbstätigkeit mit einer Dauer von mehr als sechs Wochen

immer zu einem Ende der Dauerzählung und einem neuen Messbeginn bei erneutem Zugang in Arbeitslosigkeit (sog. schädliche Unterbrechungen).

Zu 20, 35: nicht Erwerbstätige

Zur Anwendung kommt die Definition der Europäischen Kommission unter Zugrundelegung der nationalen Definition von Arbeitslosigkeit.

Personen, die nicht Teil des Arbeitsmarktes sind, also weder arbeitslos gemeldet sind noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dieses beinhaltet freiwillig Wehrdienstleistende sowie Teilnehmende an Freiwilligendiensten, die gegen Entgelt oder zur Gewinnerzielung während der Bezugswoche in gewissem Umfang gearbeitet haben, Schüler/-innen, Vollzeitstudierende und Personen, die sich Vollzeit im Elternurlaub befinden. Arbeitssuchende, die nicht erwerbstätig und nicht arbeitslos gemeldet sind, gelten ebenfalls als Nichterwerbstätige.

Zu 29, 30: unterhaltsberechtigzte Kinder

Es kommt die Definition der Europäischen Kommission zur Anwendung.

Unterhaltsberechtigzte bzw. „abhängige“ Kinder sind alle Personen unter 18 Jahren sowie Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die wirtschaftlich von ihren Eltern abhängig sind.

Zu 30: Ist die/der Teilnehmende alleinerziehend mit unterhaltsberechtigten Kindern bzw. ist die/der Teilnehmende ein Kind in einem Alleinerziehendenhaushalt?

Es kommt die Definition der Europäischen Kommission zur Anwendung.

Gemeint ist ein Haushalt, in dem ein Erwachsener und mindestens ein abhängiges Kind leben. Es ist unwesentlich, ob der Teilnehmende ein Kind ist oder ein Erwachsener. Es ist weiterhin unerheblich, ob der/die Erwachsene, die unterhaltspflichtige Person ist, oder nicht. Unterhaltsberechtigte bzw. „abhängige“ Kinder sind alle Personen unter 18 Jahren sowie Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die wirtschaftlich von ihren Eltern abhängig sind.

Zu 31: Menschen mit Behinderung

Es kommt die vereinfachte nationale Definition zur Anwendung.

Menschen mit Behinderungen sind Personen, die einen Schwerbehindertenausweis haben oder einen amtlichen Bescheid über die gleichwertige Feststellung.

Zu 32: Sonstige benachteiligte Personen

Es kommt die vereinfachte nationale Definition zur Anwendung.

Dieser Indikator bezieht sich auf alle Benachteiligungen, die unter den anderen Indikatoren nicht abgedeckt werden. Dazu zählen z. B. Analphabeten, Personen mit ISCED 0 über Grundschulalter, Drogenabhängige oder Strafgefangene und Personen in einer Bedarfsgemeinschaft.

Zu 37: Teilnehmende die nach Verlassen der Maßnahme in schulischer oder beruflicher Aus- oder Weiterbildung sind

Zur Anwendung kommt die Definition der Europäischen Kommission.

Teilnehmende, die bis zu vier Wochen nach Austritt aus der Maßnahme eine allgemeinbildende Schule besuchen oder sich in einer Aus- oder Weiterbildung befinden, dies beinhaltet auch die Aufnahme eines Studiums.

Zu 38: Teilnehmende, die nach ihrer Teilnahme eine Qualifizierung erlangen

Zur Anwendung kommt die Definition der Europäischen Kommission.

Teilnehmende, die bis zu vier Wochen nach Austritt aus der Maßnahme eine Qualifizierung erwerben.

Qualifizierung bedeutet

- das formale Ergebnis eines Beurteilungs- und Validierungsprozesses nachdem eine dafür zuständige Stelle festgestellt hat, dass die Lernergebnisse einer Einzelperson den vorgegebenen Standards entsprechen,
- die Zertifizierung einer beruflichen Qualifizierungs-/Weiterbildungsmaßnahme oder
- die Erreichung eines höheren Bildungsstands gemäß ISCED oder des Europäischen bzw. Deutschen Qualifikationsrahmens (EQF bzw. DQR).

Es muss ein qualifiziertes Zertifikat im Sinne einer qualifizierten Teilnahmebescheinigung existieren, aus dem Dauer und Gegenstand der Maßnahme ersichtlich sind und über das nachgewiesen wird, dass der Teilnehmende die vorgesehenen Maßnahmebestandteile auch absolviert hat (formales Ergebnis). Der umsetzende Träger kann „zuständige Stelle“ sein. Die Qualifizierung soll im Ergebnis einer Teilnahme an einer ESF-Maßnahme erlangt werden.

Für die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen wird als Kriterium nur die erfolgreiche Prüfung nach BVABVO akzeptiert.